

# Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

25. Jahrgang Nr. 8/2017

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



Foto: Martin Heimlein

## KEINE LUST AUF WEITER SO? LUST AUF DIE LINKE?

Dietmar Bartsch und Matthias Höhn präsentieren unsere Kampagne zur Bundestagswahl. Sie hat eine klare Botschaft: Keine Lust auf ein Weiter so der Politik der Großen Koalition, die die sozialen Probleme nur verwaltet, statt sie zu lösen. Wir dagegen machen in unserer Kampagne Lust auf soziale Gerechtigkeit und auf Frieden. Dafür stehen unsere acht Schwerpunktplakate und unser Spitzenteam aus dem Spitzenduo und den Parteivorsitzenden.

aus dem	Jungendarbeit ist eine Investition.....	S. 2
Inhalt:	Elementarschäden-Versicherungen.....	S. 3
	Kommunen gegen Kernwaffen.....	S. 4
	Briefe.....	S. 7



## RICHTIGE ENTSCHEIDUNG

Jugendarbeit ist Investition in die Zukunft

Die Verlängerung des Vertrages über die Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Oelsnitz mit der Volkssolidarität erklärt Anke Lippold, Stadträtin der LINKEN in Oelsnitz: „Dass dieser Vertrag verlängert wurde, freut uns als LINKE außerordentlich. Mit der Volkssolidarität haben wir als Stadt einen starken Partner und die Kinder und Jugendlichen einen kompetenten und zuverlässigen Ansprechpartner. Hoffen wir, dass diese Partnerschaft noch lange hält und nicht irgendwann den Sparplänen von Stadt oder Kreis zum Opfer fällt!“

Dazu ergänzt Landtagsabgeordnete Janina Pfau: „Die hohe Qualität in der Kinder- und Jugendarbeit in Oelsnitz ist unumstritten. Trotz sehr hohem Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine verlässliche kommunale Finanzierung unverzichtbar.“

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist Beziehungsarbeit und sollte nicht durch scheinbare Einsparungsmaßnahmen gefährdet werden. Mehrjährige Förderungen, die auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive bieten, sind schon lange Forderung der LINKEN.

„Mich verwundert nur, dass der stellvertretende Bürgermeister auf einmal vorgibt, der Volkssolidarität den Rücken stärken zu wollen. Immerhin war er es, der Anfang letzten Jahres zu einem Trägerwechsel oder einer Mittelkürzung gegenüber der Volkssolidarität aufgerufen hatte. Es ist nur zu hoffen, dass die Einsicht auch über den Wahlkampf hinaus bestehen bleibt.“ so Pfau weiter.~

## NATURSCHUTZ UND MILCHVIEHWIRTSCHAFT IN EINEM ATEMZUG

Am 27. Juni 2017 stand das Natur- und Tierwohl im Vogtlandkreis im Fokus der Landtagsabgeordneten Kathrin Kagelmann, Sprecherin für ländliche Räume und Janina Pfau, Sprecherin für Verbraucherschutz.

Der Tag startete mit einem Besuch beim Förderverein Natur- und Umweltzentrum Vogtland e.V. in Oberlauterbach. Dort führten die Abgeordneten mit den Vorstandsmitgliedern Karin Hohl, Jürgen Geiser und einer Mitarbeiterin ein interessantes Gespräch über die Arbeit des Vereins, die damit verbundenen Aufgaben und fast täglich anstehenden Probleme.

Bei dem breit gefächerten Aufgabengebiet, welches das NUZ bewältigt, steht leider immer wieder die Notwendigkeit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung auf der Tagesordnung. Aufwendige Fördermittelbeantragungen leisten dabei keinesfalls Unterstützung, sondern stehen eher nachteilig dem Vorankommen in Sachen Natur und Umwelt im Weg.

Als Resultat des Gesprächs nahmen die beiden Abgeordneten eine Vielzahl an Fakten und Erkenntnisse mit und werden diese bei ihrer weiteren parlamentarischen Arbeit berücksichtigen.

Weiter ging es dann im Eiltempo zur Milchwirtschaft Dehles e.G in Weischlitz.

Hier war ein Treffen der Abgeordneten, sowie Maik Schwarz, LINKEN-Direktkandidat des Vogtlandkreises zur Bundestagswahl mit Vorstandsmitgliedern des Regionalbauernverbandes Vogtland angesagt.

Bei einer angeregten Diskussion wurde Klartext gesprochen. Die Landwirte machten ihrem Herzen Luft, dabei war nicht mehr der Milchpreis das Objekt der Begierde. Nein, den Landwirten geht es vielmehr um ihr Ansehen in der Bevölkerung, welches sie durch zahlreiche mediale Kampagnen ruiniert sehen. Bei Begriffen wie Tierquälerei und Massentierhaltung sehen sie sich verallgemeinert und angegriffen. Klar gestellt wurde, es gibt sicherlich

überall auch „schwarze Schafe“. Doch die Bauern fordern Objektivität bei der Begutachtung ihrer Produktionsstätten, und diese muss auch durch die Politik erfolgen.

Kathrin Kagelmann äußerte sich dahin gehend, dass es eine Balance geben muss. Die LINKE vertritt keinesfalls das Ziel von Kleinbauernwirtschaft, aber „Der Bauer muss von seiner Arbeit leben können und gleichzeitig im Einklang mit der Natur und Umwelt produzieren.“ Für sie kommt es nicht auf die Größe eines Betriebes an, sondern auf den geeigneten Umgang mit Fläche und Tier.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kamen auch noch Themen wie ökologische Landwirtschaft, Trinkwasserbelastung durch Pflanzenschutzmittel und Abgabe von Ackerflächen für erneuerbare Energien auf den Tisch und sorgten für eine ausführliche Diskussion.

Als Abschluss machte dann Christian Kluge-Sammer mit den Anwesenden noch eine kleine Betriebsführung mit Fakten zur Dehleser Milchwirtschaft. Dort stehen 2200 Tiere, davon sind 1050 Milchkühe. 30 Beschäftigte und ein Auszubildender sind im Betrieb tätig. Dabei wurde auch das Problem des Fachkräftemangels im Bereich Landwirtschaft mit angesprochen. Bei der Besichtigung konnten alle einen kleinen Einblick in den Ablauf und die Begebenheiten in der Milchproduktion nehmen. Herr Kluge-Sammer bedankte sich für den Besuch der Delegation und für das offene Ohr zu den Anliegen der Bauern und hofft mit seiner Arbeit wieder in ein positiveres Licht bei der Bevölkerung rücken zu können.

Elke Jacob  
BürgerInnenbüro MdL Janina Pfau

## LINKE UNTERSTÜTZEN TILLICH IM KAMPF UM ELEMENTARSCHÄDEN-PFLICHTVERSICHERUNG

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich spricht sich derzeit erneut für eine bundesweite Pflichtversicherung gegen Elementarschäden aus. Dabei erhält er Unterstützung vom thüringischen Regierungschef Bodo Ramelow. Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag leistet nun per Antrag (Drucksache 6/10012 [1]) Schützenhilfe und schlägt erneut eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines flächendeckenden Versicherungsschutzes gegen Elementarschäden vor.

Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Rico Gebhardt: Wir nehmen den Ministerpräsidenten beim Wort und freuen uns, dass er ein Anliegen fördert, das wir schon 2013 in den Landtag getragen hatten (Drucksache 5/12728). Damals forderten wir die Staatsregierung auf, gemeinsam mit anderen Bundesländern im Bundesrat für eine Elementarschäden-Pflichtversicherung zu streiten. Passiert ist nichts. Dabei ist in Deutschland nicht einmal die Hälfte der Hausbesitzer ausreichend gegen Ha-

gel, Sturm, Überschwemmung, Erdbeben, Erdsenkung oder Schneedruck versichert. Das liegt vor allem an teils unbezahlbaren Versicherungsprämien, gegen die auch Appelle nicht helfen. Eine Versicherungspflicht könnte die Kosten für alle bezahlbar machen. Ich erwarte, dass sich der Ministerpräsident jetzt um einen entsprechenden Landtagsbeschluss bemüht. An uns wird das nicht scheitern.

Janina Pfau, Sprecherin der Linksfraktion für Verbraucherschutz, fügt hinzu: Starkregen, Hagel und starke Gewitter und Hochwasser nehmen in den letzten Jahren immer mehr zu. Leider ist es kein Einzelfall in Sachsen, dass Gebäudeeigentümer eine Elementarversicherung nur zu sehr hohen Beiträgen bekommen oder es keinen Versicherer mehr gibt, der sie überhaupt versichern will. Wir wollen die Eigenvorsorge der Gebäudeeigentümer flächendeckend möglich machen. Die Staatsregierung folgte bisher der Versicherungswirtschaft und verzichtete auf Gesetzgebungsinitiativen

zur Einführung einer bundesweiten Versicherungspflicht. Die 2012 begonnene Informationskampagne „Das Wetter spielt verrückt. Sachsen sorgen vor“ konnte indes keinen flächendeckenden Versicherungsschutz erreichen. Den gibt es nur mit einer gesetzlichen Pflichtversicherung, die es privaten wie kommunalen Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümern ermöglicht, sich zu vertretbaren, nach Risiko gestaffelten Tarifen zu versichern. Gelingt das nicht, müsste weiterhin die Allgemeinheit mit Steuergeld für Unwetterschäden an privatem Eigentum aufkommen.~

## SABINE ZIMMERMANN AM 16. AUGUST IN DER ALTEN FEUERWACHE

„Nach dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht haben 40 Prozent der Erwerbstätigen weniger Einkommen als 1999. Jeder zehnte Beschäftigte ist heutzutage armutsgefährdet, 2,7 Millionen Menschen sind mittlerweile auf einen Zweitjob angewiesen. 6,4 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. 1,7 Millionen Kinder wachsen in Armut auf. 2,7 Millionen über 65-Jährige sind von Armut bedroht.“

Armut an Einkommen und Vermögen bedeutet, dass das eigene Leben nicht gestaltet werden kann und es bedeutet, dass man seinen Kindern nicht das geben kann, was sie brauchen“, so unsere Abgeordnete am 2. Juni 2017 im Bundestag.

Nach einem kurzen Input-Referat mit jeder Menge Zahlen und Fakten möchte Sabine gern mit uns zu ihren Kernthemen Armut und soziale Gerechtigkeit ins Gespräch kommen.~

**am: 16. August 2017**  
**Zeit: 18 - 20 Uhr**  
**Ort: Jugendherberge "Alte Feuerwache", Neundorfer Straße 3, 08523 Plauen**



© DIE LINKE im Bundestag

## KOMMUNEN GEGEN KERNWAFFEN

Die BRD stimmte im November 2016 in der UNO dagegen, dass Verhandlungen zu einem weltweiten Atomwaffenverbot aufgenommen werden. Nun hat der LINKE-KV Potsdam-Mittelmark eine Initiative gegen diese Verweigerungshaltung gestartet. Bis Anfang Juni hatten bereits einige Gemeinden und Städte eine entsprechende Resolution „Für eine atomwaffenfreie Welt“ verabschiedet. Bei einer gleichzeitig laufenden Unterschriftenaktion hatten bis dahin auch schon 1300 Bürger Ihren Protest ausgedrückt!

Können die Kommunalpolitiker verhindern, dass 20 US-amerikanische Atomwaffen auf deutschem Boden modernisiert werden? Das können sie nicht! Sie können aber wenigstens ein Zeichen setzen und einen kleinen Beitrag leisten! Neben allen bisherigen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge muss als neue und wichtigste Aufgabe die Verhinderung eines Krieges gestellt werden. Das liegt im Interesse aller Bürger und deshalb darf

es kein Schubladendenken nach dem Motto „dafür sind wir nicht zuständig“ geben. Denn, wenn Kriege die Infrastruktur zerstören, dann fahren eben keine Linienbusse, da kommt kein Wasser mehr aus dem Hahn. Erinnert wird auch an die Aktion „Mayors for peace“ (Bürgermeister für den Frieden). Bür-



germeister von bislang 7196 !! Städten in 162 Staaten setzen sich in diesem Zusammenschluss für das Ziel ein, bis zum Jahr 2020 eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Welche vogtländischen Bürgermeister sind dabei?

Die Resolutionen sollen dem Städte- und Gemeindebund bzw. dem Landkreistag zugeleitet werden. Unter: [dielinke-pm.de/friedensaktion](http://dielinke-pm.de/friedensaktion) kann nachgelesen werden.

Ähnlich wie im Beispiel TTIP/CETA sollten unsere Abgeordneten entsprechende Initiativen in den Gemeinden und im Kreistag ergreifen. Beispiele aus Brandenburg zeigen: Die Zustimmungen zur Resolution erfolgten oft von verschiedensten Gruppierungen (wie Freie Wähler oder Bauernvertreter). In Werder/Havel kam es sogar zu einem einstimmigen Beschluss! Natürlich müssen unsere Vertreter in den gewählten Gremien argumentieren und überzeugen – was nützt uns die Diskussion um Spielplätze, Straßen oder andere kommunale Dinge, wenn wir einer Verschärfung der Kriegsgefahr tatenlos zusehen! Dauerhafter Frieden und eine atomwaffenfreie Welt müssen erkämpft werden.

*Peter Jattke*

## MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES OV PLAUVEN

Am 21. Juni fand in der JHB Plauen die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Plauen statt, an der ca. 30 Mitglieder und Sympathisanten teilnahmen. Hauptthemen waren der Rückblick über die letzten drei Jahre der Tätigkeit der Stadtratsfraktion und der bevorstehende Bundestagswahlkampf.

Die Stadtratsfraktion, die seit der letzten Wahl vier neue Mitglieder (von neun) in ihren Reihen hat, brachte mehr als 70 Anträge seit September 2014 ein. Seien es Änderungsanträge zu Verwaltungsvorlagen, zu Tagesordnungspunkten in den Ausschüssen oder Sachanträge. Ein Großteil der Anträge wurde angenommen und behandelt. So u.a. zum Erhalt des Theaters Plauen-Zwickau, Vorbereitung der 900-Jahr-Feier in Plauen, zur Schulsozialarbeit, zum Grünflächenkonzept, Anträge zur HH-Diskussion, zum Parkraumkonzept, freies W-Lan und zur Kennzeichnung von öffentlichen Toiletten – um hier nur einige zu nennen. Aber es gab auch Anträge, die

die Verwaltung gar nicht erst behandelte, wie die Stellungnahme zu TTIP. Auf die lange Bank schob bzw. schiebt die Verwaltung z.B. die Befragung der Mitarbeiter im Rathaus und der städtischen Gesellschaften. Einige Anträge fanden auch keine Mehrheiten. Genannt seien hier die Beibehaltung des Begrüßungsgeldes für Neugeborene oder die Schaffung von Langzeitparkplätzen (über zwei Stunden) auf dem Neustadtplatz. Eine wichtige Grundlage der Fraktionsarbeit ist dabei das Kommunalwahlprogramm. Kürzungen im sozialen Bereich und Gebührenerhöhungen, wie im Vogtlandkonservatorium, wurden und werden von unserer Fraktion nicht unterstützt. Zur Fraktionsarbeit gehört auch die Beteiligung an den Diskussionen in den Sitzungen, das Stellen von Anfragen zu wichtigen aktuellen Schwerpunkten, das Gespräch mit Bürgern und die außenparlamentarische Arbeit. Letzteres sollte nicht unterschätzt werden. Mit Arbeitseinsätzen, wie der Aktion „Gemeinsam geht's

besser“, die Mitorganisation bei Kinderfesten, Kinderweihnachtsfeiern, dem Malwettbewerb zum Weltfriedenstag, dem Graffiti-Projekt oder dem historischen Weihnachtsmarkt hat unserer Fraktion und unserer Partei gute Resonanz bei den Vereinen oder Einrichtungen und Bürgern gebracht. Abschließend wurde festgestellt, dass die Fraktion mit ihren neuen Stadträten/innen und beratenden Bürgern bis jetzt eine gute Arbeit geleistet hat. Sicher gibt es noch die eine oder andere Reserve, die es heißt, bis zur nächsten Kommunalwahl zu erschließen. Dafür braucht es aber auch die Unterstützung der Basis.

Zum TOP Bundestagswahlen gab unser Kandidat Maik Schwarz die ersten Aktionen und Termine bekannt und berichtete über den Bundesparteitag.

*Petra Rank*

## KRIEGSKINDERSTIFTUNG HOLT KUNSTPROJEKT "DIE BÄRENSUPPE" NACH PLAUEN

Unsere Genossin Sandra Steiner, Sprecherin des Kuratoriums der „Kriegskinderstiftung – Wissen statt Waffen“, kocht am Montag, 28.08.2017, ab 17 Uhr mit Unterstützung der „Galerie Forum K“ mit euch und der Berliner Künstlerin Bilbo Calvez „Die Bärensuppe“ – eine vegane Suppe, in die jeder hineingibt, was er kann, und von der jeder so viel nimmt, wie er braucht. Damit die Suppe nicht zu dünn wird, bringt ihr Gemüse, Gewürze, Kräuter (Brot? Wein?) mit in die Galerie Forum K nach Plauen, Bahnhofstraße 39, und erlebt Bilbo Calvez inmitten ihres künstlerischen Schaffens zum Thema „Wie wäre mein Leben in einer Welt ohne Geld?“.

Die Kriegskinderstiftung unterstützt seit 2010 Kriegskinder und insbesondere ehemalige Kindersoldaten. Diese Arbeit hat das Weltbild der Initiator/inn/en zutiefst erschüttert und darin bestärkt, die derzeitigen Grundfesten unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens immer weiter zu hinterfragen. Denn eins ist klar: Eine Gesellschaftsordnung, die es nicht schafft, Kriege konsequent und weltweit zu verhindern, ist, trotz der großen Vorteile für manche, einfach nicht gut genug. Möchte man Kriegskindern wirklich nachhaltig und effektiv helfen, darf es sie gar nicht erst geben! Deswegen wird innerhalb der Kriegskinderstiftung versucht, neben Gewalt und Krieg und deren Prävention, auch die globale Wirtschaftsordnung, der Umgang des Menschen mit seinen



natürlichen Grundlagen und vor allem die psychischen und soziologischen Strukturen von Mensch und Gesellschaft ganz grundlegend zu analysieren und entsprechend zu agieren. Bei uns im Vogtland findet ein derart grundlegender Diskurs im öffentlichen Raum bisher aber nicht statt: ob Gemeinwohlökonomie, Vollgeldinitiativen, Permakultur, Open Source Ecology, Lebens- und Arbeitsgemeinschaften, Solidarische Landwirtschaft und Kooperationen, die Idee einer Ressourcenbasierten Wirtschaft, Ubuntu, das Friedensdorf Tamera oder das „Bedingungslose Grundeinkommen“ – alle diese Ideen sind bei uns, und nicht nur bei uns, weitestgehend unbekannt und undiskutiert. – Die Kriegskinderstiftung möchte das im Hinblick auf das

langfristige Wohl von Kriegskindern, und darüber hinaus uns allen, ändern!

Bilbo Calvez' künstlerisches und persönliches Schaffen ist dazu ein hervorragender Ansatzpunkt, hat sie doch, in inzwischen mehrjähriger Arbeit, die verschiedensten Aktivist/inn/en und Friedensorganisationen in und außerhalb Europas zu ihrem Tun und ihren Plänen für einen möglichen friedlichen Wandel interviewt und diese Interviews der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Entstanden ist in diesem Zusammenhang die multimediale Kunstausstellung „Die Bärensuppe“, die im Spätsommer durch ganz Deutschland tourt. In Sachsen werden neben Plauen am 31.08. Leipzig und am 01.09. Bautzen besucht. Der

Eintritt ist selbstverständlich frei. Wer dieses oder ähnliche Projekte oder die Kriegskinderstiftung unterstützen möchte, wendet sich bitte an [info@kriegskinder.org](mailto:info@kriegskinder.org)



Sandra Steiner



**Für eure Artikel!**

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
15. August 2017

**Sendet uns eure Beiträge an:  
[redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)**



## BRENNENDE BARRIKADEN IN HAMBURG beste Wahlhilfe für die CDU?

Was vor allem wird vom Hamburger G20-Gipfel im kollektiven Gedächtnis haften bleiben? Das pompöse Abschlussdokument mit wichtigen Forderungen, die aber so allgemein und unverbindlich formuliert sind, dass ihre Wirkungslosigkeit vorprogrammiert ist, was sogar der Wirtschaftsweise Peter Bofinger kritisierte? Oder die Bekräftigung der USA, aus dem internationalen Klimaabkommen auszuscheiden? Oder das Fehlen jeder Strategie, die internationalen Finanzmärkte zu bändigen, um einen erneuten Bankencrash zu verhindern?

Nein, erinnern werden wir uns sicherlich vor allem an die Bilder brennender Autos und Barrikaden, an Stein- und Stahlkugelwürfe auf Polizisten, an Gestalten auf einem Dach, die Gehwegplatten und Molotowcocktails auf die Straße warfen, an zertrümmerte Glasscheiben, demolierte Bankautomaten und geplünderte Geschäfte, an verängstigte Menschen, an Bilder vom Chaos, das angebliche Linksextremisten anrichteten. Dabei geht unter, dass sich noch in den Brandnächten Vertreter des Hamburger linksautonomen Zentrums Rote Flora genauso wie linke Organisationen und Parteien von den Randalen distanzieren und übers Internet aufrufen, zu friedlichen Protesten zurückzukehren. In der Erinnerung verblasst, dass die große Masse der Gipfelgegner friedlich demonstrierte, und total aus dem Blickfeld ist der Alternativgipfel geraten, der außer im Neuen Deutschland in den Medien kaum Beachtung fand. Und vor allem: als Hauptgegner wurden nicht die Repräsentanten des G20-Gipfels bewusst gemacht, vielmehr führten die Bilder die Polizisten als Hauptfeinde vor.

Für uns LINKE bleibt vor allem die Frage, was an den Krawallen denn tatsächlich links war. Dietmar Bartsch antwortete per Twitter: "Ihr plündert und zerstört für eine gerechte Welt? Ihr schadet dem so notwendigen friedlichen bunten Protest!" Bernd Riexinger und Katja Kipping verurteilten die Gewalt, Sahra Wagenknecht äußerte im "Bild"-Interview: "Diese Gewalttäter sind keine Linken, das sind Kriminelle. Mit berechtigter Kritik haben ihre Aktionen nichts zu tun. Leute, die

durch Straßen marodieren, Autos anzünden, Anwohner angreifen und Polizisten verletzen, sind keine Linken, sondern kriminelle Gewalttäter." Auch Wissenschaftler, z.B. der Soziologe Peter Ullrich, urteilten, die Randalierer hätten den Protestierenden einen Bärendienst erwiesen. Und sogar der Spiegel konstatierte: "Es scheint, als seien fast alle zufrieden, dass sie über Gewalt streiten dürfen, dann müssen sie nicht über Gerechtigkeit reden." (zitiert von Tom Strohschneider, in nd vom 10.07.2017).

Und in zwei Monaten ist Bundestagswahl! Was kann die LINKE tun, um ein Wahldesaster in der Folge angeblich linker Gewaltproteste zu verhindern? Wir müssen uns von solchen Randalen distanzieren und über Gewalt reden: "Macht kaputt, was euch kaputt macht!" - ist das eine hilfreiche Lösung? Muss Kaputtmachen, wenn überhaupt und was überhaupt, nicht in eine wohldurchdachte Strategie eingeordnet werden? Sind sich die Randalierer eigentlich bewusst, was sie kaputtmachen? Z.B. das Vertrauen zur Linken, das Vertrauen von Menschen, für die wir Politik machen? Als "strategische Hauptaufgabe" fordert unser Parteiprogramm, "zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen." Gewaltexzesse und Zerstörungswut von angeblich Linken können sehr wohl gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern, aber nicht zugunsten der Linken! Und wir müssen eine Debatte über Strategie führen! Insbesondere darüber, wie der gegenwärtige Turbokapitalismus tatsächlich bekämpft werden kann, wie unter gegenwärtigen Bedingungen Schritte der "doppelten Transformation" (nach Dieter Klein) möglich sind. Eine Debatte darüber, wie wir Menschen dafür gewinnen wollen. Eine Debatte über tatsächlich Erreichbares. Über den Wert "kleiner" Erfolge. Darüber, wie DIE LINKE wirkt, hier und heute. Eine Debatte darüber, was wirklich links ist!

Dr. Dorothea Wolff

## NEIES VON DAR META

Ne Freitooch wollten de Neideiteln un de Meta e Wanderung durch Triebtal machen un im scheenen Gasthaus Lochbauer Mittoochessen. Aber ne Freitooch frieh ruft de Meta iehr Freindin a: „Iech komm fei heit net. Mier hamm hier bei uns ner zeh Grad Werm. Do misst iech ja mitt'n im Sommer mein Wintermandl rausholn, dess will iech aber net, do tätn miech ja de Leit auslachn!“ Do froocht de Meta iehr Freindin „Nu, woas gibbs'n Neies bei eich?“

„Ach, mar kaa siech ner noch aufreeng. Gestern habb iech mei alter Schulfreindin, de Schmidt's Martha aus Pausa aufn Markt getroffn un die hott mar iher Leit gekloocht. Dere iher klaanes Enkel, de Roselinde, kimmt nei de 5.Klass un es kaa aber sei, dess dess arme Madl in e annere Schul geh muss, weil se in denn Jahrgang 37 Kinner hamm. Do derfn se aber in Pausa kaane 2 Klassn bildn, weil nooch den Sturkepfen vom Kultus in DD pro Klass es 20 Kinnar sei missen. Un alle nei aa Klass, get glei goar net, weil dortn de Höchstzahl 28 Kinner sei un die Neine, die geh miss'n, wern ausgelost.“

„Nu, sei die denn bleed, die sturen §§-Reiter“, froocht de Meta; „des iss doch alles blauß e Vorwand, weil hintn un vorne de Lehrer net lange. Die Dresdner Geizkrooch solln de Lehrer endlich verbeamten un ordentlich bezohln. Dann braucht'n se aa kaane sogenanntn Seit'neisteiger mehr. Kultus is dess aber schieß egal, de Hautsach is fier die zur Zeit des Wichtigste, de Schulverwaltungen widder e moll umzekrempeln.“

„Setten Gammel gabs schaa bei uns 1946 in dor Schul,“ soocht de Neideiteln drauf: „Do hieß es aber net Seit'neisteiger sondern „Neulehrer“. Mier hattn aa soo en Expert'n gehabt, der hott Pferd mit hart'n „t“ an de Taf'l geschriem un de Kinner hamm ne su sehr ausgelacht, dess der widder geh musst.“

Dieter Riedler

## ZU DEN URSACHEN FÜR DIE GEGENDEMONSTRATIONEN ZUM G-20-GIPFEL IN HAMBURG

Momentan haben wir weder im EU-Parlament noch in den nationalen Regierungen in den EU-Mitgliedsstaaten eine Volksvertretung, welche die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Interessen des Kapitals durchsetzt. Hier haben wir in allen G20-Staaten durchgehend wirtschaftsfreundliche Regierungschefs und wirtschaftsfreundliche Parteienkoalitionen in den Parlamenten. Damit sprechen die Staatschefs der G20-Staaten nicht stellvertretend für 75 % der Weltbevölkerung, sondern nur für einen niedrigen 1-stelligen Prozentsatz der Weltbevölkerung, welche Besitzer der Wirtschaftsunternehmen sind. Das Ergebnis ist eine Politik, die die Interessen der Wirtschaft vertritt und die nicht die Unternehmen besitzende Bevölkerung in dem gegenwärtigen System der repräsentativen Demokratie außer der Teilnahme an den Wahlen von einer direkten Mitbestimmung, um z. B. einmal gefällte politische Entscheidungen nach der Sinnhaftigkeit oder nach besseren Alternativen näher zu hinterfragen und auch zu verändern oder gar zu revidieren, weitgehend ausgeschlossen ist.

Die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung werden in den Parlamenten und Regierungen nicht vertreten! Auf Wahlaussagen vor Wahlen ist nach Wahlen kein Verlass und auch bei einem Regierungswechsel wird die vorherige Politik weiter fortgesetzt, wie man es in Griechenland nach dem Wahlsieg von Syriza mit Alexis Zypas oder in Deutschland ab 1998 mit Rot-Grün beobachten konnte. Auch Klagen vor den obersten Gerichten mit dem Ziel von Änderungen von Gesetzen z. B. Klagen mit dem Ziel der Erhöhung der Hartz-4-Regelsätze und von getroffenen politischen Entscheidungen wie z. B. bei Stuttgart 21 auf den Verzicht des Tiefbahnhofs und dafür der umfassenden Modernisierung des vorhandenen Sackbahnhofs oder der Verlegung von BER von Schönefeld nach Sperenberg scheitern regelmäßig.

Nicht anders ist es zu erklären, warum auch an politischen Entscheidungen, die von 70 % der Bevölkerung abge-

lehnt werden, wie z. B. an dem weiteren Festhalten der mittlerweile bezüglich von möglichen Energieeinsparungen nachgewiesenen sinnlosen Sommerzeit, dem Versuch des Abschlusses von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP und TISA sind noch nicht vom Tisch und es wird hier fieberhaft an weiteren Freihandelsabkommen gearbeitet) oder am unbeirrten Festhalten am BER in Schönefeld, obwohl es dafür in Sperenberg eine kostengünstigere und bezüglich der Fluglärmbelastung von Berlin und Potsdam deutlich bessere Alternative gibt, weiterhin festgehalten wird und sich vor allem der Armut und größere Teil der Bevölkerung von ihren gewählten Repräsentanten nicht mehr vertreten fühlt.

Die Linke hatte in verschiedenen Stadtparlamenten bei einer entsprechend schlechten finanziellen Situation der Kommune dem Verkauf von Sozialwohnungen an Immobilienhaie, die nur die Miete nehmen und die Immobilien selbst aber nicht erhalten, zugestimmt oder im Land Berlin, obwohl Grünen und die Linke im Wahlkampf für ein striktes Nachtflugverbot ganz ohne Ausnahmen waren, im Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung in Berlin keine Aussage zum Nachtflugverbot mehr enthalten ist.

Während sich am rechten politischen Rand etwas tut (z. B. mit der Gründung und Etablierung der AfD), ist am linken politischen Rand nichts Derartiges erkennbar. Ich habe jetzt sogar den Eindruck, dass nach den Ausschreitungen auf dem G20-Gipfel in Hamburg, welcher inhaltlich bezüglich einer weltweiten Sozialpolitik, dessen Kernbestandteil ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen sein muss, welches die arme Weltbevölkerung auch ohne Arbeit dauerhaft aus der Armut heraus holt und zu guten Konsumenten macht, überhaupt keine Ergebnisse gebracht hat, die in Deutschland Regierenden zum Anlass nehmen werden, die Linken, die an der Stelle der heutigen neoliberalen Gesellschaftsordnung durch einen besseren Sozialstaat ohne Hartz 4 aber mit einem bedingungslosen Grundein-

kommen, welches auch hier Arbeitslosen und Armutsrentnern ein menschenwürdiges Leben und eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, ersetzen wollen, zu Regierungsgegnern erklären möchten, welche in ihrem Handlungsspielraum soweit wie möglich eingeschränkt werden und wenn möglich sogar ganz beseitigt sollen. So gab es in Hamburg schon den Versuch, die Einreise von dem G20-Gipfel kritisch gegenüber stehenden Menschen zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Einige Politiker denken bereits über ein mögliches Verbotverfahren gegen die Linke mit dem Ziel ihres Verbotes vor dem Bundesverfassungsgericht nach. In der Vergangenheit hatte das Bundesverfassungsgericht dem Verbotsantrag gegen die KPD stattgegeben und den Verbotsantrag gegen die NPD abgewiesen.

Wir brauchen starke Sozialproteste gegen diese neoliberale Politik, ehe uns die heutigen Regierenden Freihandels-, Investitionsschutz- und Dienstleistungsabkommen wie TTIP, CETA und TISA überstülpen und damit die Handlungsfähigkeit der nationalen Parlamente z. B. bezüglich der Schaffung einer besseren Sozial- und Umweltschutzpolitik zumindest stark eingeschränkt werden. Aber dabei Autos von erziehenden Menschen mit Kindern anzuzünden, welche die gegenwärtige neoliberale wirtschaftsfreundliche Politik und die heutigen Probleme nicht verursacht haben, sondern auch darunter leiden müssen, sowie andere Sachbeschädigungen, wie z. B. die Zerstörung von Geldautomaten, sind abzulehnen. So wie wir 1989 für freie Wahlen sowie Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit auf die Straße gegangen sind, müssen wir heute für einen demokratischen Sozialstaat, in welchem alle in Menschenwürde leben und an der Gesellschaft teilhaben können und auch ohne Arbeit niemand mehr auf Hartz-4-Niveau dahindarben muss, wieder auf die Straße gehen.

*Ulrich Neef*

## NEUES URLAUBS- RECHT NUN END- GÜLTIG ENTSCIEDEN

Jetzt wurde durch den Bundesrat das neue Pauschalreisegesetz besiegelt. Die Chance, Einspruch gegen die Verabschiedung zu erheben wurde verfallen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben wieder einmal das Nachsehen beim Durchsetzen Ihrer Rechte. Ein kleiner Trost, so haben die Reisenden, welche ihre Buchungen über eine Vermittlungsplattform tätigen einen besseren Schutz, allerdings bürgt das neue Gesetz für alle anderen doch mehr Gefahren.

Nun ist den sogenannten „Lockvogelangeboten“ Tür und Tor geöffnet, nach dem Vertragsabschluss können sich die Anbieter durch Preiserhöhungen und andere Vertragsänderungen noch einen schnellen Euro in die Tasche verdienen.

Bei allen Reiseeinzelleistungen und Tagesreisen bis 500 Euro greift der Schutz durch das neue Gesetz nicht. Gegen eventuelle Reisemängel oder Zahlungsausfälle gibt es für diese Buchungen keinen Schutz mehr. Da stellt sich doch die Frage: Wer bucht eine Tagesreise bzw. eine Einzelleistung bei einem Reiseangebot über 500 Euro? Das heißt die Verbraucherin und der Verbraucher, welche eine preisgünstige Tagesreise buchen, wie übrigens die Mehrzahl der Menschen, sind schutzlos den Unternehmen ausgeliefert. Das wird bedeuten, das viele vorrangig ältere Personen entweder keine solche Reisen mehr buchen oder im Schadensfall dann gehörig draufzahlen werden.

So stelle ich mir Verbraucherschutz in keinster Weise vor. Es muss einen vorsorgenden Verbraucherschutz geben, er soll die Verbraucherinnen und Verbraucher gegen die Willkür von Unternehmen schützen und sie nicht allein im Regen stehen lassen. Genau das wird das neue Pauschalreisegesetz jedoch am Ende tun.

Elke Jacob

### LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter [www.dielinke-vogtland.de/presse](http://www.dielinke-vogtland.de/presse) finden Sie den jeweilig vorgesehenen Erscheinungstag des Vogtlandboten. Ebenso eine digitale Ausgabe. So können Sie sich aktuell und als Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehende Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die Erstellung als auch die Verteilung der Papierausgabe nur durch ehrenamtliche Helfer erfolgen. Somit kann sich eine Zustellung in Ihrem Briefkasten auch mal etwas verzögern. Und – die Druckausgabe könnten Sie dann auch Nachbarn oder Bekannten weitergeben!

## SOZIALFORUM GÖLTZSCHTAL

18. September 2017  
18.00 bis 19.30 Uhr

Klubraum der AWG Auerbach (08209  
Auerbach, Eisenbahnstr. 32)

### 12 Jahre Hartz IV-Beratung

Häufige „Fehler“ des „Amtes“ und Fehler beim Umgang mit dem „Amt“

Nur wer klagt - bekommt sein Recht!

Rechtsfehler bei der Bestimmung der Mietobergrenze bei den Kosten der Unterkunft (KdU) und bei der Umsetzung durch Jobcenter

Ganz herzlich eingeladen sind alle sozial engagierte und betroffene Bürger.

[www.sozialforumgoeltzschtal.de](http://www.sozialforumgoeltzschtal.de)

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

E. Beck	Zeuthen	16.8.
R. Musch	Neundorf	19.8.
D. Köhler	Klingenthal	21.8.
B. Müller	Auerbach	22.8.
M. Merlack	Mylau	23.8.
A. Döhler	Plauen	30.8.
W. Murrmann	Mühltruff	30.8.
I. Thurm	Döbeln	4.9.
I. Möckel	Reichenbach	7.9.
M. Ottiger	Plauen	9.9.
E. Scherzer	Oelsnitz	13.9.
A. Tremel	Oelsnitz	15.9.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

## Der Vogtlandbote

### INTERESSANT ?!

Wer per Briefwahl wählen möchten kann dies ohne Angabe von Gründen bei der Gemeinde seines Hauptwohnortes, persönlich oder schriftlich beantragen. Die Schriftform gilt auch durch Fax oder E-Mail als gewahrt. Bei vielen Gemeinden kann man die Unterlagen online anfordern. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung befindet sich bereits ein Vordruck zum beantragen.

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de). Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.07.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.08.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.